

Verbreitungsstellen
 und in allen
 Buchhandlungen
 und in allen
 Buchhandlungen
 und in allen
 Buchhandlungen

W O R T B R U C H

Inserationsgebühren
 beträgt für die 6 spaltenbreiten
 Zeilen des ersten Blocks
 50 Pfennig.
 Die übrigen Blöcke
 25 Pfennig.
 In extrafertigen Zeilen
 kostet die Zeile 75 Pfennig.
 Inverse
 für die 6 spaltenbreiten
 Zeilen des ersten Blocks
 50 Pfennig.
 Die übrigen Blöcke
 25 Pfennig.
 In extrafertigen Zeilen
 kostet die Zeile 75 Pfennig.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
 Baumburg-Weißenfels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberge
 und die Mansfelder Kreise.
 Expedition: Harz 42/43. Redaktion: Harz 42/43.

Wortbruch!

Wo bleibt die versprochene Reform des preußischen Wahlrechts?!

Die Thronrede, mit der der preußische Landtag am 20. Oktober vorigen Jahres wie üblich eröffnet wurde, enthielt u. a. auch das Versprechen einer Wahlreform. Als König von Preußen verkündete Wilhelm II. feierlich:

„Es ist mein Wille, daß die auf der Grundlage der Verfassung erlassenen Vorarbeiten über das Wahlrecht zum Gange der Abgeordneten eine organisatorische Fortentwicklung erfahren, welche der wirtschaftlichen Entwicklung, der Ausbreitung der Bildung und des politischen Bewusstseins entspricht. Ich werde darin eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart. Ihre Bedeutung für das gesamte Staatswesen erfordert umfassende Vorarbeiten, die von meiner Regierung mit allem Nachdruck betrieben werden.“

Seidem ist ein volles Jahr verstrichen, ohne daß die preußische Regierung auch nur im geringsten etwas getan hat, was darauf schließen ließe, daß sie ihr feierlich gegebenes Versprechen auch wirklich einhalten gedenkt! Bis jetzt ist es bei den schönen Worten geblieben. Nichts ist geschehen, um die mit festerer beständiger Ernst damals als „wichtigste Aufgabe der Gegenwart“ bezeichnete preußische Wahlreform in Fluß zu bringen. Den Worten sollen die Taten noch folgen. Glaube man wirklich, daß sich das politisch erstredete preußische Volk mit leeren Worten abweisen läßt! Das ist ein verhängnisvoller Irrtum. Die Arbeiterklasse Preußens hat bewiesen, daß sie nicht gewillt ist, die Schmach des preußischen Dreiklassenwahlrechts für alle Zeiten zu erdulden.

„Mit diesem kaiserlichen Willen wird man sich abfinden haben... Wir werden mit maßvoller Besonnenheit, aber auch mit der erforderlichen Entschiedenheit, den Kampf gegen eine grundrücksichtige Änderung des Wahlrechts führen.“

Noch deutlicher wurde die konservative Korrespondenz in der von ihr am 24. Oktober 1909 veröffentlichten parteioffiziellen Erklärung:

„Die Thronrede zur Einführung des preußischen Landtages bringt die Mitteilung, daß eine organisatorische Reform des Wahlrechts zum Abgeordnetenhaus als ein dringendes Erfordernis unserer staatlichen Entwicklung erscheine. — Wir wollen abwarten, welche positiven Unterlagen die von der Regierung betriebenen Vorarbeiten für jene Annahme, deren Resultat ja der Beschlußfassung des Landtages unterliegen würde, bieten, beweisen oder einwirken, daß eine Reformbedürftigkeit sich bei dem preußischen Wahlrecht in höherer Maße bemerkslich gemacht hat, als bei den Wahlrechten anderer Staaten und auch des Deutschen Reiches. — Man hat bisher nicht gehört, daß auch in letzter Beziehung seitens der zunächst beteiligten Faktoren Anhebungen betriebe werden zur Feststellung des Einflusses von Beschäftigung und staatlichem Verantwortlichkeitsgefühl.“

Das preußische Wahlrecht ist ein Ort der beiseitigen Arbeit, aufgebaut auf dem Maße der Pflicht, zu den Staatslasten beizutragen. Freilich, der Herrschaft der Massen ist es nicht gütlich.“

Da in Preußen die konservative Partei und die Junker die Herrschaft in den Händen haben, so sind ihre Wünsche für die Regierung befehl! Das hat sich bei anderer Gelegenheit oft genug gezeigt, so daß man sich nur wundern müßte, wenn es bei der Frage der Wahlrechtsreform anders sein würde. Es sei nur daran erinnert, wie bei der Beratung der Sozialvorlage die preußische Regierung vor dem Junkern und Landwirten ohne Schwermertlich kapituliert hat, als der spätere preußische Minister Hildebrandt das geflügelte Wort prägte: „Wir werden uns noch nicht mit dem Laufesalan vor den Wand stoßen lassen!“ Und haben wir nicht erst aus neuerer Zeit ein weit besseres Beispiel, daß die preußisch-deutsche Regierung nur ein Werkzeug der preußischen Junker ist? Welche die Regierung noch so oft und so empfindlich erklären: Ohne Erbschaftsteuer keine Finanzreform, die Junker lehnten sich den Teufel daran und setzten ihren Willen gegen die Regierung durch!

„Mit diesem kaiserlichen Willen wird man sich abfinden haben... Wir werden mit maßvoller Besonnenheit, aber auch mit der erforderlichen Entschiedenheit, den Kampf gegen eine grundrücksichtige Änderung des Wahlrechts führen.“

Noch deutlicher wurde die konservative Korrespondenz in der von ihr am 24. Oktober 1909 veröffentlichten parteioffiziellen Erklärung:

„Die Thronrede zur Einführung des preußischen Landtages bringt die Mitteilung, daß eine organisatorische Reform des Wahlrechts zum Abgeordnetenhaus als ein dringendes Erfordernis unserer staatlichen Entwicklung erscheine. — Wir wollen abwarten, welche positiven Unterlagen die von der Regierung betriebenen Vorarbeiten für jene Annahme, deren Resultat ja der Beschlußfassung des Landtages unterliegen würde, bieten, beweisen oder einwirken, daß eine Reformbedürftigkeit sich bei dem preußischen Wahlrecht in höherer Maße bemerkslich gemacht hat, als bei den Wahlrechten anderer Staaten und auch des Deutschen Reiches. — Man hat bisher nicht gehört, daß auch in letzter Beziehung seitens der zunächst beteiligten Faktoren Anhebungen betriebe werden zur Feststellung des Einflusses von Beschäftigung und staatlichem Verantwortlichkeitsgefühl.“

Das preußische Wahlrecht ist ein Ort der beiseitigen Arbeit, aufgebaut auf dem Maße der Pflicht, zu den Staatslasten beizutragen. Freilich, der Herrschaft der Massen ist es nicht gütlich.“

Da in Preußen die konservative Partei und die Junker die Herrschaft in den Händen haben, so sind ihre Wünsche für die Regierung befehl! Das hat sich bei anderer Gelegenheit oft genug gezeigt, so daß man sich nur wundern müßte, wenn es bei der Frage der Wahlrechtsreform anders sein würde. Es sei nur daran erinnert, wie bei der Beratung der Sozialvorlage die preußische Regierung vor dem Junkern und Landwirten ohne Schwermertlich kapituliert hat, als der spätere preußische Minister Hildebrandt das geflügelte Wort prägte: „Wir werden uns noch nicht mit dem Laufesalan vor den Wand stoßen lassen!“ Und haben wir nicht erst aus neuerer Zeit ein weit besseres Beispiel, daß die preußisch-deutsche Regierung nur ein Werkzeug der preußischen Junker ist? Welche die Regierung noch so oft und so empfindlich erklären: Ohne Erbschaftsteuer keine Finanzreform, die Junker lehnten sich den Teufel daran und setzten ihren Willen gegen die Regierung durch!

Der preußische Wahlrechtskampf hat bereits Proletariatsblut gefordert. Bis zu Beginn des Jahres 1908 die preußische Arbeiterklasse in ständigen Protestversammlungen, durch Demonstration von StraßenDemonstrationen, gegen das Dreiklassenwahlrecht Sturm lief, da glaubte man dieser Bewegung mit Umschuldung und Polizeigeld Herr zu werden. In Berlin, Breslau, Elberfeld und andern preußischen Städten floß Proletariatsblut. Als die Leute von Berliner Arbeitern am 10. Januar 1908 bei der Beratung der Wahlrechtsinterpellation vor dem preußischen Dreiklassenhaus demonstrierte und förmlich den Ruf nach einer Wahlrechtsänderung erhob, da antwortete die Regierung mit dem Polizeigeld. Wie wahnsinnig kaufte die Berliner Polizei unter den friedlichen Demonstrationen — die Straßen Berlins wurden mit Wasserbälgen gedüngt! Aber dennoch: es ist nicht umsonst befohlen worden. Denn die hochselbst Wilhelm IV. der Notwendigkeit nicht entsagen, in der Thronrede das Dreiklassenwahlrecht als reformbedürftig zu erklären.

„Wer diese Erinnerungen auf sich wirken läßt,“ schreibt die „Politische Volkzeitung, das führende Zentrumsblatt, in Nr. 28 vom 12. Oktober 1909, „wird es trotz der Versprechungen des kaiserlichen Willens auch noch nicht für ausgemacht halten, daß eine Wahlreform in absehbarer Zeit kommt.“ Und das Wort hat recht, wenn es meint, daß man nach diesen Erfahrungen ruhig sagen könne, daß derartige Versprechungen, wie eine Wahlreform, in Preußen nur einen sehr relativen Wert haben.

Solange demnach in Preußen die Junker uneingeschränkt herrschen, ist gar nicht an eine „Reform“ des Wahlrechts, oder was man so nennen will, zu denken. Ihre Macht in Preußen beruht ja gerade im Dreiklassenwahlrecht, und wenn sie einer Veränderung dieses Junkerwahlrechts zu zustimmen würden, so doch höchstens insoweit, daß sie das Gelft trocken in Händen behalten und die arbeitslose Klasse im Grunde genommen noch noch antreibe dulde! Außer der Sozialdemokratie wird ja das preußische Junkertum ernstlich von keiner Partei bekämpft.

„Wer diese Erinnerungen auf sich wirken läßt,“ schreibt die „Politische Volkzeitung, das führende Zentrumsblatt, in Nr. 28 vom 12. Oktober 1909, „wird es trotz der Versprechungen des kaiserlichen Willens auch noch nicht für ausgemacht halten, daß eine Wahlreform in absehbarer Zeit kommt.“ Und das Wort hat recht, wenn es meint, daß man nach diesen Erfahrungen ruhig sagen könne, daß derartige Versprechungen, wie eine Wahlreform, in Preußen nur einen sehr relativen Wert haben.

Solange demnach in Preußen die Junker uneingeschränkt herrschen, ist gar nicht an eine „Reform“ des Wahlrechts, oder was man so nennen will, zu denken. Ihre Macht in Preußen beruht ja gerade im Dreiklassenwahlrecht, und wenn sie einer Veränderung dieses Junkerwahlrechts zu zustimmen würden, so doch höchstens insoweit, daß sie das Gelft trocken in Händen behalten und die arbeitslose Klasse im Grunde genommen noch noch antreibe dulde! Außer der Sozialdemokratie wird ja das preußische Junkertum ernstlich von keiner Partei bekämpft.

„Wie indessen schon jetzt erklärt werden muß, steht es für die königliche Staatsregierung nach wie vor fest, daß die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen dem Staatswohl nicht entsprechen würde und deshalb abzulehnen ist.“ Auch kann die königliche Staatsregierung die Erhebung der sämtlichen Stimmenabgabe durch die Geheimnissigkeit in Aussicht stellen.“

Diese Erklärung wurde damals von der Rechten mit demonstrativem Beifall begrüßt.

Das war also die „Reform“ des Wahlrechts, wie sie die preußische Regierung aufstufte und wie sie wohl auch später in der Thronrede gemeint war. Es gab ja allerdings naive liberale Politiker und Blätter, die einen Widerspruch erwidern wollen zwischen der ministeriellen Erklärung vom 10. Januar 1908 und den Worten der Thronrede vom 20. Oktober desselben Jahres. Sie mußten sich jedoch von dem führenden Organ der in Preußen ausschließlich herrschenden Junker, der Preussische Zeitung, sofort zum andern bekehren lassen. Das Wort ließ sich damals also vernehmen:

„Solange demnach in Preußen die Junker uneingeschränkt herrschen, ist gar nicht an eine „Reform“ des Wahlrechts, oder was man so nennen will, zu denken. Ihre Macht in Preußen beruht ja gerade im Dreiklassenwahlrecht, und wenn sie einer Veränderung dieses Junkerwahlrechts zu zustimmen würden, so doch höchstens insoweit, daß sie das Gelft trocken in Händen behalten und die arbeitslose Klasse im Grunde genommen noch noch antreibe dulde! Außer der Sozialdemokratie wird ja das preußische Junkertum ernstlich von keiner Partei bekämpft.“

Die Nationalliberalen scheiden bei einer wirklichen und durchgreifenden Reform des Dreiklassenwahlrechts von vornherein aus. Ihr Ideal ist das Pluralwahlrecht ungefähr nach dem Vorbild des neuen sächsischen Landtagswahlrechts, das in seinem Effect den Arbeitern den Schein einer parlamentarischen Vertretung vorhält.

Das Zentrum ist gleich dem Freisinn in der Theorie für eine Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen und hat für einen solchen Antrag auch schon im preussischen Abgeordnetenhaus gestimmt. Wie Mühsüßig auf eine (leider!) gabeln Arbeiterwähler ist es zu dieser Stellung gekommen. Tatsächlich ist es dem Zentrum aber nur lieb, wenn eine solche radikale Änderung des Dreiklassenwahlrechts nicht kommt. Das beweist schon sein Strömen gegen eine vernünftiger und gerechtere Wahlrechtsänderung, wie die Tatsache, daß es in seinen Reihen aus gesprochenen Feinde des Reichstagswahlrechts duldet!

„Solange demnach in Preußen die Junker uneingeschränkt herrschen, ist gar nicht an eine „Reform“ des Wahlrechts, oder was man so nennen will, zu denken. Ihre Macht in Preußen beruht ja gerade im Dreiklassenwahlrecht, und wenn sie einer Veränderung dieses Junkerwahlrechts zu zustimmen würden, so doch höchstens insoweit, daß sie das Gelft trocken in Händen behalten und die arbeitslose Klasse im Grunde genommen noch noch antreibe dulde! Außer der Sozialdemokratie wird ja das preußische Junkertum ernstlich von keiner Partei bekämpft.“

Die Nationalliberalen scheiden bei einer wirklichen und durchgreifenden Reform des Dreiklassenwahlrechts von vornherein aus. Ihr Ideal ist das Pluralwahlrecht ungefähr nach dem Vorbild des neuen sächsischen Landtagswahlrechts, das in seinem Effect den Arbeitern den Schein einer parlamentarischen Vertretung vorhält.

Das Zentrum ist gleich dem Freisinn in der Theorie für eine Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen und hat für einen solchen Antrag auch schon im preussischen Abgeordnetenhaus gestimmt. Wie Mühsüßig auf eine (leider!) gabeln Arbeiterwähler ist es zu dieser Stellung gekommen. Tatsächlich ist es dem Zentrum aber nur lieb, wenn eine solche radikale Änderung des Dreiklassenwahlrechts nicht kommt. Das beweist schon sein Strömen gegen eine vernünftiger und gerechtere Wahlrechtsänderung, wie die Tatsache, daß es in seinen Reihen aus gesprochenen Feinde des Reichstagswahlrechts duldet!

„Wie indessen schon jetzt erklärt werden muß, steht es für die königliche Staatsregierung nach wie vor fest, daß die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen dem Staatswohl nicht entsprechen würde und deshalb abzulehnen ist.“ Auch kann die königliche Staatsregierung die Erhebung der sämtlichen Stimmenabgabe durch die Geheimnissigkeit in Aussicht stellen.“

Diese Erklärung wurde damals von der Rechten mit demonstrativem Beifall begrüßt.

Das war also die „Reform“ des Wahlrechts, wie sie die preußische Regierung aufstufte und wie sie wohl auch später in der Thronrede gemeint war. Es gab ja allerdings naive liberale Politiker und Blätter, die einen Widerspruch erwidern wollen zwischen der ministeriellen Erklärung vom 10. Januar 1908 und den Worten der Thronrede vom 20. Oktober desselben Jahres. Sie mußten sich jedoch von dem führenden Organ der in Preußen ausschließlich herrschenden Junker, der Preussische Zeitung, sofort zum andern bekehren lassen. Das Wort ließ sich damals also vernehmen:

„Die Konfessionsparteien halten im Gegensatz zu der Regierung daran fest, daß das geltende Wahlrecht zum preussischen Abgeordnetenhaus, wenn es auch nicht absolut vollkommen ist, doch sich bisher bewährt hat und wegen derer grundlegenden Änderungen durchaus nicht befristet ist.“

Deswegen erklärte die Deutsche Tageszeitung höhnlich:

„Das Zentrum ist gleich dem Freisinn in der Theorie für eine Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen und hat für einen solchen Antrag auch schon im preussischen Abgeordnetenhaus gestimmt. Wie Mühsüßig auf eine (leider!) gabeln Arbeiterwähler ist es zu dieser Stellung gekommen. Tatsächlich ist es dem Zentrum aber nur lieb, wenn eine solche radikale Änderung des Dreiklassenwahlrechts nicht kommt. Das beweist schon sein Strömen gegen eine vernünftiger und gerechtere Wahlrechtsänderung, wie die Tatsache, daß es in seinen Reihen aus gesprochenen Feinde des Reichstagswahlrechts duldet!“

„Weißt noch der Freisinn, der ja von einer radikalen Verbesserung des Dreiklassenwahlrechts nur Worte in die Höhe trägt, er aber je einen ernstlichen Kampf um die Erhebung des Reichstagswahlrechts für Preußen geführt? — Anstatt sich 1908 dem Wahlrechtskampfe der Arbeiterklasse anzuschließen, bezüßigte er sich bei der schon abweisenden Erklärung Wilhelms und glaubte, mit der Einbringung einer Wahlrechtsinterpellation nun seine volle Pflicht getan zu haben. Schon durch die Wüchse mit den Konfessionsparteien waren ihm die Hände gebunden, hatte er dokumentiert, daß es ihm um einen ernstlichen Kampf gegen die Junker durchaus nicht zu tun ist. Und auch nach Auflegen des Blocks ludt er ja bei jeder sich bietenden Gelegenheit wieder Anschlag bei den konservativen. Wir brauchen nur das Wort: Halle! auszusprechen, das genügt schon allein!“

Der Freisinn, der dort, wo er in den Kommunen den Ausschlag gibt, die schlimmste Wahlentziehung der Arbeiter

„Das Zentrum ist gleich dem Freisinn in der Theorie für eine Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen und hat für einen solchen Antrag auch schon im preussischen Abgeordnetenhaus gestimmt. Wie Mühsüßig auf eine (leider!) gabeln Arbeiterwähler ist es zu dieser Stellung gekommen. Tatsächlich ist es dem Zentrum aber nur lieb, wenn eine solche radikale Änderung des Dreiklassenwahlrechts nicht kommt. Das beweist schon sein Strömen gegen eine vernünftiger und gerechtere Wahlrechtsänderung, wie die Tatsache, daß es in seinen Reihen aus gesprochenen Feinde des Reichstagswahlrechts duldet!“

„Weißt noch der Freisinn, der ja von einer radikalen Verbesserung des Dreiklassenwahlrechts nur Worte in die Höhe trägt, er aber je einen ernstlichen Kampf um die Erhebung des Reichstagswahlrechts für Preußen geführt? — Anstatt sich 1908 dem Wahlrechtskampfe der Arbeiterklasse anzuschließen, bezüßigte er sich bei der schon abweisenden Erklärung Wilhelms und glaubte, mit der Einbringung einer Wahlrechtsinterpellation nun seine volle Pflicht getan zu haben. Schon durch die Wüchse mit den Konfessionsparteien waren ihm die Hände gebunden, hatte er dokumentiert, daß es ihm um einen ernstlichen Kampf gegen die Junker durchaus nicht zu tun ist. Und auch nach Auflegen des Blocks ludt er ja bei jeder sich bietenden Gelegenheit wieder Anschlag bei den konservativen. Wir brauchen nur das Wort: Halle! auszusprechen, das genügt schon allein!“

Der Freisinn, der dort, wo er in den Kommunen den Ausschlag gibt, die schlimmste Wahlentziehung der Arbeiter

Der neue Radbod-Prozess.

Waren bei Wbruch der Rettungsarbeiten noch Lebende in der Unglücksgrube Radbod? Diese Frage ist der Hauptgegenstand des Prozesses, der gegen den verantwortlichen Redakteur der Bergarbeiterzeitung, Genossen Wagner, angehängt wurde und der am Montag vor der Strafammer in Bochum begann, nachdem er am 14. Juli d. J. vertagt worden ist. Aber nicht nur die obige Frage, sondern auch die Frage nach dem Schuldigen an dem furchtbaren Unglück wird in dem Prozeß aufgeworfen werden. Die eminente Bedeutung des Prozesses rechtfertigt ein kurzes Resümee seiner Vorgeschichte.

Die Veranlassung der Sache Radbod verfuhrte Anfang Februar in der ihr gefügigen Presse die auf dem Berliner Bergarbeiterkongress gemachten Ausführungen über die Ursachen des Unglücks als unzureichend hinzustellen. Insbesondere legte sie Wert auf die Enttarnung der Aufsehen erregenden Mitteilungen eines der Rettungsmannschaften, des Kameraden Wilhelm Thomas, der gesagt hatte, daß bei Einstellung der Rettungsarbeiten noch Opfer geblieben seien.

Die Bergarbeiterzeitung gab in ihrer Nummer vom 20. Febr. der Radbod-Veranlassung eine, die ganze Sachlage treffend charakterisierende Antwort, in der sie u. a. mit Bezug auf die Mitteilungen Thomas' schrieb:

„Über unabhängig von den Ausführungen Thomas' und dessen Beobachtungen ist die Bergarbeiterzeitung in der Lage, einen Bergarbeiter namhaft zu machen, der bei der Katastrophe am Radbod folgenden Dialog geführt habe und diesen beschwören will:

Bergarbeiter Genosse Hollaender: „Hier sind noch Lebende, was ist zu tun?“

Direktor Andre: „Was lebt, das lebt, wir müssen herans!““

Die Staatsanwaltschaft erhob Anklage gegen die Bergarbeiterzeitung. Nicht etwa wegen frivoler Artikel, in denen die Bergarbeiterzeitung unter Aufhebung geübeneren Materials auf die Schuldigen des Unglücks hinwies, sondern wegen des zitierten Satzes. Direktor Andre und Bergarbeiter Hollaender sollten durch die Wiedergabe des Dialogs beleidigt worden sein. Es sei ihnen darin der Vorwurf der Feigheit gemacht. Es wurde aber am Schluß des Artikels ausdrücklich gesagt, daß man sehr wohl wisse, daß es Situationen geben könne, in denen an eine Rettung nicht mehr gedacht werden könne, und daß es nicht Sache der Bergarbeiterzeitung sei, zu untersuchen, ob dies auf Radbod bei Aufgabe der Rettungsarbeiten noch möglich gewesen sei. Die angeblühn Beteiligten wurden auch noch als Privatfall zugelassen. Der Vertreter der Anklage gab sich in der Hauptverhandlung am 14. Juli alle Mühe, die Möglichkeit einer Erörterung der Schuldfrage in Sachen Radbod abzusprechen, indem er sich lediglich auf den intrinsischen Inhalt berief. Da er aber zum Beweise für die Abicht der Beleidigung sich in gleichem Ausmaß auf die Tendenz des ganzen Artikels berief, setzte der Vertreter, Genosse Thoma Berlin, es durch, daß auch eine Erörterung über die von ihm anabotenen Beweismittel für zulässig anerkannt wurde.

Wahlkampf im Reichstag. In diesen Tagen...
Wahlkampf im Reichstag. In diesen Tagen...
Wahlkampf im Reichstag. In diesen Tagen...

Das am 18. Oktober...
Das am 18. Oktober...
Das am 18. Oktober...

Letzten Sonnabend...
Letzten Sonnabend...
Letzten Sonnabend...

Deutsches Reich.

Wenn Wilhelm eine Reise tut...
Wenn Wilhelm eine Reise tut...
Wenn Wilhelm eine Reise tut...

Die Gotteslästerung im neuen Strafgesetzbuch...
Die Gotteslästerung im neuen Strafgesetzbuch...
Die Gotteslästerung im neuen Strafgesetzbuch...

Das ist der Jahresabschluss...
Das ist der Jahresabschluss...
Das ist der Jahresabschluss...

Es droht im Zentrumsturm...
Es droht im Zentrumsturm...
Es droht im Zentrumsturm...

Ein warmer Empfang...
Ein warmer Empfang...
Ein warmer Empfang...

Spanien.

Die Volkskammer...
Die Volkskammer...
Die Volkskammer...

Madrid, 18. Oktober...
Madrid, 18. Oktober...
Madrid, 18. Oktober...

zurück zu stellen...
zurück zu stellen...
zurück zu stellen...

Das Verordnungsministerium...
Das Verordnungsministerium...
Das Verordnungsministerium...

Urkel.

Konstantinopel, 18. Oktober...
Konstantinopel, 18. Oktober...
Konstantinopel, 18. Oktober...

Griechenland.

London, 18. Oktober...
London, 18. Oktober...
London, 18. Oktober...

Aus der Partei.

Die 7. Konferenz des Agitationsbezirks...
Die 7. Konferenz des Agitationsbezirks...
Die 7. Konferenz des Agitationsbezirks...

625 neue Abonnenten...
625 neue Abonnenten...
625 neue Abonnenten...

Soziales.

Zur Wahl der Knappschaftsstellen...
Zur Wahl der Knappschaftsstellen...
Zur Wahl der Knappschaftsstellen...

Der preussische Handelsminister...
Der preussische Handelsminister...
Der preussische Handelsminister...

Diese sinnwidrige Auslegung...
Diese sinnwidrige Auslegung...
Diese sinnwidrige Auslegung...

Gewerkschaftliches.

Aussperrung in der Schuhindustrie...
Aussperrung in der Schuhindustrie...
Aussperrung in der Schuhindustrie...

Eine große Anzahl Bergarbeiter...
Eine große Anzahl Bergarbeiter...
Eine große Anzahl Bergarbeiter...

Gerichtssaal.

Geruntergekommen...
Geruntergekommen...
Geruntergekommen...

Ein Diebstahl...
Ein Diebstahl...
Ein Diebstahl...

Für den Reichstags-Wahlfonds...
Für den Reichstags-Wahlfonds...
Für den Reichstags-Wahlfonds...

Quittung.

Geld e. S. für Parteizwecke...
Geld e. S. für Parteizwecke...
Geld e. S. für Parteizwecke...

Dem feinsten Linnen nichts passiert,
Das verspricht und garantiert:
Ozonit
das moderne Waschmittel
D. R. - P.

Kamelhaardecken, Reisedecken.
Beste Fabrikate. — Grosse Auswahl. — Billigste Preise,
Brummer & Benjamin
Grosse Ulrichstr.,
22/23.

schwarze Decken
in Wolle und Baumwolle.
Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219091020-15/fragment/page=0003

Wahlung der Mitglieder mit zur Strecke zu bringen ist, um als Legitimation zu dienen und die Aufführung in der Wählerliste zu erleichtern.

Auf die seit Aufstellung der Wählerliste (Ende Juni) ab. eingetretenen Wohnungsveränderungen kann keine Rücksicht genommen werden. Es kann deshalb ein jeder zur dritten Abtheilung gehöriger Wähler nur in dem Wahlmatrikelverzeichnisse zugelassen werden, in welchem er in der Wählerliste aufgeführt ist.

Die Kommunalvereiner

Sind sich anscheinend über ihre Kandidatenliste immer noch nicht vollständig einig. Die einzelnen Bezirke führen sich diesfalls „zurückgesetzt“. Wenn der von den Kommunalvereiner eingeleitete Ausschuss zur Stadtvorordnetenwahl alle berechtigten Wünsche berücksichtigen wollte, müßte er den Magistrat ersuchen, diesmal doch wenigstens eine gute Hälfte Stadtvorordnenmandate neu zu schaffen. — In einem Bezirksverein erlaubt sich ein jedenfalls noch etwas nachverantagtes Mitglied der zoologischen Spezialität Kommunalfreier zu bemängeln, daß „man“ für die dritte Abtheilung einen Wähler zweiter Klasse aufstellen sollte. Ueberlegen lächelnd antwortete man dem Magister, daß „es nicht immer möglich sei, Herren der dritten Abtheilung für ein solches Amt, das viel Zeit erfordere, zu gewinnen.“ — Also, ihr Wähler der dritten Abtheilung, nun wißt ihr, was ihr von den Kommunalvereiner zu erwarten habt. Sie befinden in der dritten Abtheilung nicht genügend Kräfte, um die Mandate zu besetzen. Dazu müßen von ihnen wohlhabende Leute aus der zweiten Klasse genommen werden. Die sind denn die rechten Volkstheiler! — Die Herren sollten sich an die Sozialdemokratie wenden, von ihr könnten sie schon noch etliche Kandidaten aus der dritten Abtheilung, die sich zur Ausführung des Stadtvorordnenmandats verpflichten werden, bekommen. Wie war's?

In der gleichen, anscheinend sehr spähig verlaufenden Versammlung wurde erklärt, wenn 3. W. die Sozialdemokratie immer mehr Mandate im Stadtparlament erhalte, so werde die Bürgerliste schon merken, daß dieser Kurs nicht die richtige sei; dadurch würden die Steuerlasten ins Ungeheure wachsen. Die Sozialpartei, wie sie von jeher die kommunalen Vereine gespritzt hätte, habe wohl ihr Gütes, und das werde auch noch einmal erkannt werden.

„Ach, die Sozialpartei der Kommunalvereiner! Wir haben sie gesehen bei dem seit 20 Jahren im Entstehen begriffenen Volksbade, wir haben sie gesehen bei den Arbeiterföhnen, bei der Erwerbung oder Schaffung gewinnbringender Einrichtungen, die zwar die Steuerlast vermindern, aber auch den Freunden der Kommunalvereiner und diesen selbst etliche Profiteure verschaffen würde. Wenn das Sozialpartei ist, die gefördert werden muß, dann allerdings muß man Kommunalvereiner wählen. Den hinterverkauften Linsen von der — Steuerfucht der Sozialdemokratie, gibt man sich nicht erst die Mühe zu widersetzen. Ueber solchen Quatsch, der auch nur in einem Kommunalverein verpöfcht werden kann, laßt lieber man.“

Wahlerversammlungen zur Stadtvorordnetenwahl
werden in nächster Zeit in den verschiedenen Stadtbezirken einberufen. Unsere Parteigenossen wollen in die nächsten Besannungsmomente genau beachten und kräftig für den Besuch dieser Versammlungen tätig sein.

Zur Reichstagswahl.

Ingeheuer viele Worte

verharmelt der Mund der Kandidaten um die Kandidatur. Einmal über das andere sagt er in schönster Entfaltung, daß er mit dieser Sonderkandidatur, dieser Quereiterei, absolut gar nichts zu tun habe. Man hat bei der ganzen Geschichte so die Empfindung, als ob es sich um einen künstlich inszenierten Mummel handelt, der dazu bestimmt ist, die Aufmerksamkeit der empörten Wähler von dem Stande des Bündnisses der Freisinnigen mit den Schnapzagarariern abzulenken. Damit werden die vereinigten „Nationalen“ nun freilich kein Glück haben. Denn schließlich steht ja schon der politisch Unangefährteste voraus, daß diese Kandidatur enden muß, wie das Hornberger Schießen.

Im freisinnigen Offentheater

beschäftigt man sich einseitigen damit, den „guten Ton“ im politischen Kampf um etliche Nuancen zu bereichern. Vorgebildet fügen die Akteure daselbst ihre Wut zu verneinen, daß ihnen nichts, aber auch gar nichts gelingen will in diesem für sie so enttäuschungsreichen Wahlkampf. Die Versammlung in Ammendorf, wobei unsere Genossen eine so prächtige Demonstration gelang, bereitet der ganzen „liberalen“ Schwindhorona unfähigsten Waidgenossen. Aber was helfen alle unangenehmen Empfindungen! Es muß immer noch viel mehr taufen von 300 Versammlungsteilnehmern, die nach dem Abgang der 300 bis 400 Sozialdemokraten noch zusammengekommen seien und behauptet dabei gar nicht, daß die betrieblen Lohberger selbst am Sonnabend im Straßenbahnwagen von den 70 Wählern sprachen, die am Schluß ein schließlich der Halle'schen Wähler — und das waren nicht wenig — bagewesen seien. Geschickteste, Handwerker usw. aus Ammendorf und Umgebend waren überhaupt nicht zugegen, nur die Leute, die von Fabrikswegen dazu verpflichtet sind. Aber lassen wir der Saalezeitung die Worte des Wägens. Etwas muß sie haben in so rüber zu sein, dessen sie sich erfreut. — Daß der Generalansetzer noch schämmer schwindet, wie die Saalezeitung, ist bei diesem Parteimoniteur so selbstverständlich, daß das lediglich der bloßen Erwähnung bedarf.

Herr Reimann hat in besagter Versammlung wieder über die Angelegenheit und Verleumdungen, denen er von Seiten der Sozialdemokratie und ihres Schriftführers Herrn von Gerlach wieder ausgesetzt gewesen, gesprochen.

Wir machen ihn nochmals darauf aufmerksam, daß wir ihn — die Richtigkeit der Berichte vorausgesetzt — schließlich der Unwahrscheinlichkeit gähehen haben! Was sagt er dazu? Mit Schimpereien schloßt der gute Mann diesen Vorwurf nicht aus der Welt! Ueber die Verleumdungen in Döbichau und Dalen a am Sonntag wird uns berichtet, daß beide reist gut von Arbeitern besucht waren, die aus ihrer Entrüstung über die jammervolle Reichsverbandmethode, mit welcher jeder der Preßsinn „kämpft“, kein Hehl machten. Außer Herrn Reimann, der am 11. oder 12. Male seine Kandidatenrede“ herunterspagete, produzierte sich hier der Vertreter der mehr „liberalen“ Grundhülle, Herr Dr. Schapp aus Wöhringen, dessen sonstige Freisinnigkeit vor den ärgsten Verleumdungen der Sozialdemokratie, aber auch vor den übertragenden Fädelisheiten, wie dem Märchen vom Teufel, nicht zurückfährt. Wenn Herr Schapp noch politischen Kredit besäße, hätte er sich darum gebracht. So freilich hat er dies schon gründlich bei seinem berüchtigten-berühmten Kompromiß mit den Konserativen bereits bejagt. — In diesen Verleumdungen sprachen unter Genossen Friedrich Halle und Ad. B. Böhmer, die sich vergeblich bemüht, dem Versammlungsleiter, Kaufmann Georg Halle, politisches Ansehen zu betugeln. Ihren Ausführungen wurde lebhafter Beifall von den Arbeitern gegolten. Die politische Werturtheil ist, daß die Verleumdungen, welche die Zeitung von dem Auftreten des Reichsvereinsverbandsleiters Michalek in der Wöhringer Versammlung etwas zu berichten weiß. Schämt man sich der Mitwirkung dieses Herrn oder dieses Verbands? Oder will man ihn als letzten Trumpf ausspielen? Jedenfalls könnte man diese Mitwirkung nur bezeugen!

Unsere Versammlungen.

Wie wir gestern schon berichteten, gestaltete sich die Versammlung in Wöhringen, die am Sonntag stattfand, zu einer wirklichen Demonstration. Aus Wöhringen, Bismarck selbst und den nächstliegenden Ortschaften hatten sich auf dem Schmiedischen Grundstücke wohl 500 bis 600 Personen zusammen gefunden, um den Ausführungen des Genossen Amner zu lauschen. Der zur Verfügung liegende Platz war viel zu enge, um alle Versammelten unterzubringen. Der Hof war überfüllt, die Wohnräume unseres Genossen ebenfalls, sogar die Wäner des Hofes und die Dächer der angrenzenden Häuser waren besetzt. Es waren auch viele Frauen erschienen, die lebhaftes Interesse bekundeten. Daß die Versammlung unter freiem Himmel stattfand, war ein Vorteil für sie, da die faulbezüglichen Wirte nun wohl das einsehen werden, daß es besser ist, wenn sie der Arbeiterschaft ihre Lokale einräumen?

Für Ammendorf sprach gestern Abend Genosse Fritz Kunert im Burgschloß von etwa 1000 Personen.

Lange vor Beginn der Versammlung war der Saal sowie der Garten dicht mit Menschen besetzt und immer neue Scharen strömten hinzu. Wir sind der Ueberzeugung, wäre das Lokal ein schließlich des Gartens nochmal so groß gewesen, wir hätten die doppelte Wänerzahl gehabt. Mit stürmischem Beifall wurde Genosse Amner empfangen und trotz einer Erfüllung hielt er die Anwesenden dreierlei Stunden lang mit seinem Vortrag im Wahn. Dicht eingestellt, fanden die Wäner einander und lauschten seine Worte mit einer Ruhe, daß man sie in der äußersten Ecke des Gartens verstehen konnte. Nur dann und wann hörte man Enttäuschungsrufe, wenn die Haltung des Redners kritisiert wurde. Dem Schluß seines Redes folgte stürmischer Beifall.

Nachdem sprach Genosse Oertel einige Worte über die Versammlung der „liberalen“ am Sonnabend und kritisierte die Schreibweise der verlogenen bürgerlichen Presse. Er fragte an, ob sich die 1000 Männer und Frauen, die hier anwesend wären, als bloße Marionetten fühlten, wie die Saalezeitung die Freiheit hatte, zu schreiben. Unter allgemeinen Wänerufen verpackten die Anwesenden, die Antwort am 26. November geben zu wollen. Auch würden alle Anwesenden dafür sorgen, daß die bürgerliche Presse aus den Kreisvernehmungen verschwindet. Nachdem Genosse Oertel noch die Schwabacher der spanischen Regierung gebrandmarkt hatte, wurde folgende aus der Versammlung eingegangene Resolution angenommen:

„Die heute, am 19. Oktober, in Burg stattfindende öffentliche Versammlung protestiert ganz entschieden gegen die Ermordung des Menschenfreundes Ferrer und betrachtet die Machthaber von Spanien als Vorkubben.“

Nach dem ausgezeichneten Schlußwort des Gen. Kunert, wofür ihm reicher Beifall zuteil wurde, und einem Hoch auf die Sozialdemokratie, ging die vorzüglich verkaufene Versammlung auseinander.

Was sagen die Freisinnigen von Sonnabend zu dieser Versammlung?

Halle und Saalkreis.

Halle a. S., 19. Oktober 1908.

Sozialdemokratischer Verein.

Die Funktionäre des Sozialdemokratischen Vereins werden nach § 12 der Satzungen ersucht, sich Donnerstag, den 21. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Volkspark einzufinden. Sollte einer der Direktionsführer verhindert sein, so ist dessen Stellvertreter zu entsenden. Der Parteisekretär.

Was dem Stadtparlament.

Gestern hatten die bürgerlichen Stadtväter wieder mehrfach Gelegenheit, sich in ihrer ganzen kommunalpolitischen Größe zu zeigen. Sie haben diese Gelegenheiten denn auch rechtlich benutzt. Aber auch die Magistralen mußten keinen Mühenstrang zum Scheitern an heftige Wänerreden und Wänerföhnen ein neues Blatt einzuwickeln, das wir ihm nedlos gähnen.

Es galt, die in nächster Zeit als Wahlvorsteher fungierenden Stadtvorordneten festzustellen. Der Magistrat legte, immer im Rahmen seiner gesetzlichen Befugnisse, eine Liste von nur bürgerlichen Stadtvorordneten vor. Sozialdemokraten kann ein „liberaler“ Magistrat zu diesem wichtigsten Amt nicht gebrauchen. Unsere Genossen begünstigen sich, die — wir wollen einmal milde urteilen — Tallosigkeit zu konstatieren, die, so lange der Magistrat im Geiste eines Rive geleitet wird, niemals selbstverständlich ist. — Die bürgerlichen Stadtvorordneten schwiegen. Auch selbstverständlich, denn die Herren sind ja — freisinnig!

Es ist freisinnig war auch die Stellung, die man zu dem Antrag unserer Genossen auf Erhöhung des 900 Mt. belagerten Miethesgebälts eines Preizers einnahm. Wenn n die andere Besatzung und Arbeiter etwas bekommen, dann wird dieser Preizer und Hausmann auch ein Mehr erlangen können. Herrlich war der Vorzug der bürgerlichen „Vereinigung“, daß man dem Mann doch nicht mehr geben dürfe, weil andere n doch weniger bekommen! Das ist Arbeiterfreundlichkeit in höchstem Potenz.

Wenn die Bürgerlichen einmal zum Fenster hinaussehen — „eigentlich“ tun sie ja nicht — dann stellen sie über von Sozialpartei und großbürgerlicher Kommunalpolitik. Wie diese Zusammenstellung bei ihnen ausliegt, zeigt die Verhandlung über den Bau des Reform-Kreisbahnhofs. Wenn eine solche, lediglich für Prüflinge wohlhabender und reicher Leute bestimmte Wohnanlage gebaut werden soll, dann ist das nach Herrn v. Blumme, dem Altensachschamer, großbürgerliche Kommunalpolitik. Wenn man aber den Bau einer vorzugsweise den unteren Volksklassen zugute kommenden Wohnanlage über Jahrzehnte hinauszieht, dann ist das Sozialpartei. Und doch können sich die Bürgerlichen vor lauter Großzügigkeit nicht dazu aufschwingen, vom Staat, wie es recht und billig, einen Zuschuß zu verlangen zum Bau des Gymnasiums — und dabei ist schon vor längerer Zeit zum Bau des Schwimmbades ein größerer Betrag gekostet worden. Ja, großbürgerlich muß die Welt zugrunde gehen!

Sehr kleinlaut wurden die groß-zügigen Politiker, als ihnen bei Beratung des Betrages Salonsteuer, der notgedrungen von der Stadt gezahlt werden muß, Genosse Osterburg den Segen der „nationalen“ Schwindelpolitik kräftig unter die Nase rieb. Und es erhob sich ein Gemurmel, als ihnen so bedeutet wurde, daß nun auch die Erde zu einer vernünftigen, volkswirtschaftlichen Politik beitragen müßten, denn das liege in ihrem eigenen Interesse. — Mehr als dies Gemurmel und die Konstatierung, daß die Sozialdemokraten ja „genießbar“ recht hätten“, magte sich nicht hervor. Oben am Magistratsstisch saß nämlich der „liberaler“ Bürgermeister Ritz.

Bauarbeiter.

Heute morgen legten acht Bauhilfsarbeiter auf dem Neubau des Maurermeisters G. Lerche, Döbichauerstraße, die Arbeit nieder. Die Veranlassung dazu war, daß Herr S. glaubte, entgegen den Bestimmungen des örtlichen Arbeitsvertrages des Bauhilfsarbeiters, nur 43 Pf. Stundenlohn zahlen zu brauchen. Der tariflich festgelegte Lohn beträgt aber 47 Pf. Wie die Unternehmer versuchen, um Lohnverträge herumzukommen, lehrt wieder einmal dieser Vorgang. Der Herr Lerche stellt sich dem Standpunkt, wie es schon einige Kollegen vor ihm getan haben, daß die Bauhilfsarbeiter zu einem Neubau seine Bauhilfsarbeit sei, sondern Erbsarbeit, und diese solle nicht unter den Tarif fallen. Als ob nicht etwa die Aufschubarbeiten die erste Hilfsarbeit am Bau wäre, welche doch nur von Hilfsarbeitern verrichtet wird. Man wollte diese Bauhilfsarbeiter in der letzten Zeit mehrfach benutzen, um den abgeschlossenen Vertrag zu umgehen. Die Unternehmer rechnen eben damit, daß bei der großen Arbeitslosigkeit sich genügend Leute finden, die den Lohnbrücker machen würden. Auch Herr Lerche sagte dem Vertreter der Organisation, daß er in einem halben Tage Ersatz für die streikenden Bauhilfsarbeiter haben werde. Ob ihm dies gelingen wird, ist freilich eine andere Frage. Dafür werden die Bauhilfsarbeiter schon sorgen, daß ihm dieser Fang nicht so leicht fällt, wie er es sich gedacht hat. Weshalb im letzten Standpunkt Herr Lerche einnimmt, zeigt, daß er dem Organisationsleiter erklärte: Er gelte sich etwas zu vergeben, wenn er den im Lohnvertrag festgelegten Lohn (47 Pf.) zahlte!

Selbstverleugern

verabreicht sich das liberale Organ der Stadt Halle, die eilt Saalezeitung. Sie schreibt unter der Ueberschrift: G. L. e. e. v. r. i. d. e. — Letzter Schapp an über den letzten Wechselwähler der spanischen Regierung an Ferrer und tadelt hart die Merkmalen und antisemitischen Wäner wegen ihrer Beschönigung seiner Gräueltat. Im Schlußsatz seiner Betrachtung findet das Blatt folgende Worte:

Merkmale und Antisemiten im trauten Kreis als Machtführer und Beredeter der spanischen Reichsarmee! Dieses Stück sollte noch, um das Bild jener beiden Parteien zu vervollständigen, Gnade Gott Deutschland, wenn es jemals unter die Füße der Merkmalen und der Jähren hovehen fallen sollte!

Wir glauben uns nicht zu täuschen, wenn wir annehmen, daß der Saalezeitung ein Blatt mit dem Namen Halle'sche



Sunlicht Seife

ist für die Instandhaltung der Wäsche unserer Kleinen wie keine andere geeignet. Sie verleiht ihr köstliche Frische und Reinheit im Gegensatz zu schlechten Seifen, die in den Wäschestücken ätzende und die Haut reizende Bestandteile zurücklassen. Die Behaglichkeit der jungen Weltbürger wird daher durch Sunlicht Seife gefördert!



Stadtvorordneten-Sitzung.

Montag, den 18. Oktober 1909, nachmittags 4 Uhr.

Vorsitzer: Stedter.

Eingänge: Der Magistrat teilt mit, daß nach § 6 des Gesetzes vom 13. Juni 1900 zu der kommenden Stadtvorordnetenwahl folgende Stadtvorordnete als Wahlvorrichter berufen worden sind: Kühme, Döhler, Kelle, Gröbler, Zell, Riediger, Gygas, Gerzfeld, Spindler, Brandes, Kymann, Engelke und Hertel. — Stadtv. Thiele stellt die Anfrage, wie es komme, daß zu den Wahlvorrichtern nicht einer von den Sozialdemokraten berufen worden ist? ...

Die Neuaufhebung der Schule an der Landstraße, entlang der Gartenstraße, wurde genehmigt. ...

Stadtv. Dierckring beantragt, das Jahresgehalt von 900 Mark als Gehalt zu genehmigen, ...

Der Antrag Oberburg wurde jedoch gegen sieben Stimmen abgelehnt und dem Magistratsantrag wurde zugestimmt. ...

Für den Schlichter und Bisthof für 1908 und für die Höhe der dort beschlagnahmten Güter wurden die erforderlichen Mittel nachbewilligt. ...

Ueber bauliche Veränderungen im Alpt für Obdachlose referierte Stadtv. Emmer namens des Bauausschusses. ...

Die Erbauung des Reform-Realgymnasiums auf dem südlichen Grundstücken Friedrichstraße 1-5 führte zu einer ausgedehnten Debatte. ...

Stadtv. Emmer erklärt, er habe gegen den Bau schon im Bau-Ausschuß seine Bedenken geltend gemacht. ...

Stadtv. Dierckring beantragt, die Schule an der Landstraße, entlang der Gartenstraße, ...

Stadtv. Dierckring beantragt, das Jahresgehalt von 900 Mark als Gehalt zu genehmigen, ...

Der Antrag Oberburg wurde jedoch gegen sieben Stimmen abgelehnt und dem Magistratsantrag wurde zugestimmt. ...

Die Annahme des Antrages Emmer? Der Staat sagt und muß für die Schule eines tun, wenn man ihm sage, wie wir durch unsere herkömmliche Kommunalpolitik in die Zinte gekommen sind. ...

Stadtv. Emmer erklärt, er habe gegen den Bau schon im Bau-Ausschuß seine Bedenken geltend gemacht. ...

Stadtv. Dierckring beantragt, die Schule an der Landstraße, entlang der Gartenstraße, ...

Stadtv. Emmer erklärt, er habe gegen den Bau schon im Bau-Ausschuß seine Bedenken geltend gemacht. ...

Stadtv. Dierckring beantragt, die Schule an der Landstraße, entlang der Gartenstraße, ...

Stadtv. Emmer erklärt, er habe gegen den Bau schon im Bau-Ausschuß seine Bedenken geltend gemacht. ...

Stadtv. Dierckring beantragt, die Schule an der Landstraße, entlang der Gartenstraße, ...

Stadtv. Emmer erklärt, er habe gegen den Bau schon im Bau-Ausschuß seine Bedenken geltend gemacht. ...

Stadtv. Dierckring beantragt, die Schule an der Landstraße, entlang der Gartenstraße, ...

Stadtv. Emmer erklärt, er habe gegen den Bau schon im Bau-Ausschuß seine Bedenken geltend gemacht. ...

Verbundene Augen. (Nachdr. vert.)

Roman von Max Kreyer.

Es war die alte Geschichte der Verführten, die in Leidenschaft verfallen waren und in Dummheit betrogen wurden. ...

Wenig schlaue wie sie war, hatte sie sich niemals in der Liebe gelassen, und so wandelte sie hilflos tiefer hinab. ...

Der Mann spielte die Rolle des Mannes, der sie liebte, ...

Der Mann spielte die Rolle des Mannes, der sie liebte, ...

Der Mann spielte die Rolle des Mannes, der sie liebte, ...

Der Mann spielte die Rolle des Mannes, der sie liebte, ...

Der Mann spielte die Rolle des Mannes, der sie liebte, ...

Der Mann spielte die Rolle des Mannes, der sie liebte, ...

Der Mann spielte die Rolle des Mannes, der sie liebte, ...

ihre nicht ganz Inneheit geben. Vielleicht würde er dann freier geliebter, hätte mehr ausgedrückt, wäre nicht wie ein richtiger, nichterer Philister so früh hängen geblieben. ...

„Niemals hätte ich Sie haben können, auch wenn das Schicksal es geteilt wäre,“ sagte sie kühl und kalt. ...

„Ich liebe Sie“, sagte er, und er sah sie an. ...

„Ich liebe Sie“, sagte er, und er sah sie an. ...

„Ich liebe Sie“, sagte er, und er sah sie an. ...

„Ich liebe Sie“, sagte er, und er sah sie an. ...

„Ich liebe Sie“, sagte er, und er sah sie an. ...

„Ich liebe Sie“, sagte er, und er sah sie an. ...

„Ich liebe Sie“, sagte er, und er sah sie an. ...

„Ich liebe Sie“, sagte er, und er sah sie an. ...

„Ich liebe Sie“, sagte er, und er sah sie an. ...

„Ich liebe Sie“, sagte er, und er sah sie an. ...

„Ich liebe Sie“, sagte er, und er sah sie an. ...

„Ich liebe Sie“, sagte er, und er sah sie an. ...

„Ich liebe Sie“, sagte er, und er sah sie an. ...

„Ich liebe Sie“, sagte er, und er sah sie an. ...

„Ich liebe Sie“, sagte er, und er sah sie an. ...

„Ich liebe Sie“, sagte er, und er sah sie an. ...

„Ich liebe Sie“, sagte er, und er sah sie an. ...

„Ich liebe Sie“, sagte er, und er sah sie an. ...

